

WEA – und jetzt?

Die Weiterentwicklung der Armee steht kurz vor der Umsetzung. Sie wird als «nötig, richtig, modern und flexibel» bezeichnet. Viele Fortschritte sind bei genauem Hinsehen jedoch bloss ein Rückgängigmachen von früheren Rückschritten und Fehlern. Die Frage nach den Ursachen und den Lehren für die Zukunft wird nicht diskutiert. Werden die gemachten Fehler jetzt wiederholt?

Peter Müller, Redaktor ASMZ

Wer kennt die Situation nicht aus Stabs- oder Truppenübungen: Plötzlich tauchen Schiedsrichter auf und verkünden mit genüsslicher Miene «Neue Lage»! Das bedeutet, laufende Aktionen abbrechen, alte Befehle sistieren, bisherige Unterlagen weglegen und sich neu organisieren. Der Chef der Armee bezeichnet diese Situation im Vorwort der neuesten Military Power Revue bei der WEA als «Revision der Pläne». Ist damit bereits alles gesagt? Genügt es einfach, «Dinge zu korrigieren»?

An die Wand gefahren

Betrachtet man die viel gelobten Vorteile und Fortschritte der WEA, so stellt man ernüchtert fest, dass wir das (fast) alles früher bereits einmal hatten. Mit der Armee 95, der Armee XXI und dem Entwicklungsschritt 08/11 wurde schrittweise viel Bewährtes entsorgt. Aus vermeintlichen Fortschritten wurden Rückschritte, die wir nun nach viel Know-how- und materiellen Verlusten äusserst schmerzhaft korrigieren müssen. Mit Verlaub: Derart gründlich wurde noch kaum je ein Unternehmen an die Wand gefahren! In der Privatwirtschaft hätte ein solches Vorgehen schon lange zu einschneidenden Konsequenzen geführt.

Sowohl in der Armee wie auch in der Politik ist davon erstaunlicherweise nichts

WEA: Rückkehr zu Bewährtem (nicht abschliessender Überblick)

- Vollausrüstung der Truppe
- Reserviertes Material
- Ausbildungs- und Einsatzmaterial
- Abgestuftes Bereitschaftssystem
- Mobilmachung
- Komplette RS für angehende Kader
- Komplettes Abverdienen
- Aufwertung der Milizkader
- Regionale Verankerung
- Kleinere Einheiten
- Ausbildungschef
- Budget von 5 Mia. CHF/Jahr

Das hatten wir früher alles schon einmal!

zu spüren. Während die Armee sich sonst damit auszeichnet, sofort nach den Schuldigen zu suchen und Sanktionen zu ergreifen (z. B. Disziplinarverfahren), geht gegen aussen beförderungsmässig alles seinen gewohnten Gang. Die vorgesetzten Stellen im Departement und im Bundesrat sehen ebenfalls tatenlos zu: Weder die Eidg. Finanzkontrolle noch die Geschäftsprüfungskommission wurden (wiederum als Bei-

«Wenn man einen Sumpf trockenlegen will, darf man nicht die Frösche damit beauftragen.»

Mark Twain

spiel) zu Berichten oder Administrativuntersuchen aufgefordert. Und auch das sonst in Militärfragen so skandalisierungsfreudige Parlament lässt seine schärfste Waffe (die Parlamentarische Untersuchungskommission PUK) still im Schrank. Haben da einzelne Stellen Angst vor der Wahrheit? Oder fühlt sich niemand zuständig?

Ursache und Wirkung?

Die Versuchung ist gross, sofort mit dem Finger auf Einzelne zu zeigen, die Schuld möglichst monokausal zuzuweisen und seine eigenen Hände in Unschuld zu waschen: Ist es das Parlament, welches seit Jahren einzig bei der Armee die Sparschraube anzieht und sich am liebsten bloss zu finanziellen und organisatorischen Armeethemen äussert? Ist es der Bundesrat, welcher Sicherheitsfragen als vollkommen nachrangig zu Bildungs-, Gesundheits-, Verkehrs- oder Landwirtschaftsvorhaben behandelt? Ist es der Departementschef, welcher Sparbefehle ohne erkennbaren Widerstand geflissentlich umsetzt und sich ein ums andere Mal nach der Decke streckt? Ist es die Armeeführung, welche sich ungern exponiert, kaum Flagge zeigt und

sich vorzugsweise hinter dem «Primat der Politik» versteckt? Sind es Armeestrategen, welche die Lage falsch eingeschätzt haben (z. B. über 10-jährige Vorwarnzeit; sicheres Europa)? Oder haben Armeepaner sich zum Schönreden von Spareinschnitten (Stichwort Aufwuchskonzept) bzw. zum Androhen von Leistungsverzichten verleiten lassen, ohne die Konsequenzen klar aufzuzeigen? Man erkennt unschwer: Da ist sehr Vieles miteinander verknüpft; Anfang und Ende, Ursache und Wirkung sind schwer auseinanderzuhalten.

Lehren für die Zukunft

Die aufgezeigten Fragen und die möglichen aufsichtsmässigen Interventionsmöglichkeiten machen deutlich: Stets müssten Betroffene früher oder später gegen sich selbst ermitteln. Das widerspricht rechtsstaatlichen Prinzipien. Oder es fehlt die legitimierte Durchgriffsmöglichkeit auf vorgesetzte Stellen. Ein grosses Handicap ist bei all diesen Fragen, dass das Parlament gemäss Verfassung «die oberste Gewalt im Bund ausübt» und beispielsweise auch verfassungsrechtlich heikle Fragen nicht vor Bundesgericht geklärt werden können. Damit fehlt – sieht man von Wahlen ab – die Obergrenze über das Parlament. Eine unbefriedigende und nicht «heilbare» Situation, welche ein Nichtstun legitimiert?

Die Geschichte hat gezeigt, dass beispielsweise Historikerkommissionen durchaus einen wahren Spiegel vorhalten, unliebsame Wahrheiten aussprechen und die Politik zum Handeln zwingen können (bis hin zum Parlament). Nur: Was nützt das in 50 Jahren? Die Zeit drängt: Es mehren sich Anzeichen, dass sich mit der Umsetzung der WEA Fehler wiederholen, die wir jetzt als überwunden glauben! Im Sinne einer umfassenden «after action review» sollten Lehren für die Zukunft gezogen werden. Die Armee kennt das Instrument; sie braucht rasch Unterstützung bei unabhängigen aussenstehenden Koryphäen, die auch der Bundesrat und das Parlament nicht überhören können. ■